



Europäische Union



Fragebogen für Teilnehmende an einem Hamburger REACT-EU-Projekt

mit datenschutzrechtlichen Hinweisen und Einverständniserklärung des/der Teilnehmenden zur Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung

1. Hinweise für Teilnehmende
2. Einverständniserklärung der/des Teilnehmenden
3. Fragebogen
4. Erläuterungen

1. Hinweise für Teilnehmende

Das Projekt, an dem Sie teilnehmen wollen, wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert. Zur Gewährung dieser Mittel ist es notwendig, dass Informationen von jedem Teilnehmenden erhoben werden. Diese Angaben werden vor allem benötigt, damit die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) ihren ordnungsgemäßen Berichts- und Bewertungspflichten gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen kann. Erfüllt die Sozialbehörde diese Pflichten nicht oder ungenügend, drohen Rückforderungen von bereits zugewiesenen Mitteln.

Aus diesem Grund können keine Personen gefördert werden, zu denen die notwendigen Angaben nicht vollständig und wahrheitsgemäß vorliegen.

Grundlage dieser Datenerhebung und deren Verarbeitung und Nutzung sind geltende Rechtsvorschriften der Europäischen Union (VO(EU) 1303/2013, VO(EU)1304/2013, VO(EU) 1046/2018 und VO(EU) 2221/2020).

Die Berichts- und Bewertungspflichten beinhalten Daten zur aktuellen Förderung, aber auch Angaben zur Wirksamkeit der eingesetzten Fördermittel über die Dauer der Förderung hinaus. Daher werden auch nach Ihrer Teilnahme am Projekt noch Daten zu Ihrer beruflichen Situation erhoben, und zwar einmal bei Austritt aus der Maßnahme (bzw. spätestens nach einem Monat nach Verlassen der Maßnahme) und ein weiteres Mal nach spätestens sechs Monaten nach Verlassen der Maßnahme.

Der Träger dieser Maßnahme ist mit der Erhebung und Speicherung der notwendigen Daten beauftragt und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die erhobenen Daten werden ausschließlich pseudonymisiert an die ESF-Verwaltungsbehörde in der Sozialbehörde und von dort aggregiert, ohne dass auf Sie persönlich zurückgeschlossen werden kann, an die Kommission der Europäischen Union weitergeleitet. Pseudonymisiert bedeutet, dass anstatt Ihres Namens und Ihrer Adresse eine neutrale Kennzeichnung verwendet wird (z. B. eine Nummer).

Dabei ist sichergestellt, dass nur ein namentlich benannter Kreis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Projektträger einen Zugriff auf die personenbezogenen Informationen hat und Ihnen hierüber auch Auskunft geben kann. Die erneute Zuordnung der Namens- und Adressangaben zu den Merkmalsdaten ist nur zu dem Zweck gestattet, zwingend notwendige Prüfungen und Nacherhebungen im Rahmen von Bewertungsstudien zur Förderung durchführen zu können.

Voraussetzung für die Durchführung der beschriebenen Datenerhebung und -verarbeitung ist, dass Sie über diese Zusammenhänge informiert werden und diese Unterrichtung bestätigen. Erst dadurch ermöglichen Sie Ihre Teilnahme am Projekt. Bei Fragen sowohl zu diesen datenschutzrechtlichen Hinweisen als auch beim Ausfüllen des Fragebogens und bei Fragen zu der folgenden Erklärung hilft Ihnen gerne Ihre Ansprechperson beim Projektträger.

2. Einverständniserklärung der/des Teilnehmenden

Ich bestätige hiermit, dass mir die obenstehenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch den Projektträger ausreichend erklärt wurden und ich deren Bedeutung verstanden habe.

Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig. Es können jedoch keine Personen gefördert werden, zu denen die notwendigen Angaben (Fragen 1-2, 10+11) nicht vorliegen. Dieses gilt jedoch nicht für Fragen zum Migrationshintergrund / Minderheitenzugehörigkeit, zu einer Behinderung oder zu anderweitigen Benachteiligungen (s. Fragebogen Nr. 6 – 9). Bei diesen Fragen können Sie die Auskunft durch die Auswahl „keine Angabe“ verweigern und werden trotzdem nicht vom Projekt ausgeschlossen.

Ich erkläre mich hiermit mit der Erfassung, Verarbeitung und Weiterleitung meiner Daten zum Zweck der Berichterstattung, Bewertung und Prüfung des Projektes einverstanden.

Ich bin damit einverstanden, dass nach meinem Austritt bzw. nach Abschluss der Maßnahme der Projektträger oder eine von der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland oder der ESF-Verwaltungsbehörde beauftragte Einrichtung (wissenschaftliches Institut) mich kontaktiert und Daten über meine berufliche Situation erhebt (Fragen 12+13). Die Daten dienen zum Zwecke der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung. Der Träger dieser Maßnahme (Zuwendungsempfänger) hat hierfür alle notwendigen Informationen zu überlassen. Dies geschieht regelhaft einmal spätestens nach einem Monat und einmal nach sechs Monaten nach meinem Austritt. Die Verweigerung dieses Einverständnisses führt zum Projektausschluss.

Der zuständige behördliche Datenschutzbeauftragte ist der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Telefon: 040-426 63-0 (Zentrale), E-Mail: datenschutz@soziales.hamburg.de.

Der Träger dieser Maßnahme ist von der Sozialbehörde mit der Erhebung und weiteren Verarbeitung der notwendigen Daten über mich beauftragt worden. Er wurde auf die Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen besonders hingewiesen und zu deren Einhaltung verpflichtet. Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Sozialbehörde. Ihr gegenüber habe ich ein Auskunftsrecht und bei ihr kann ich auch die Berichtigung fehlerhafter Daten verlangen.

Meine erhobenen Daten werden ausschließlich weitergeleitet an

- die Sozialbehörde als ESF-Verwaltungsbehörde.
Kontaktmöglichkeit: Referatsleitung ESF-Programmsteuerung, Herr Strunk,
Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg
- Ramböll Management Consulting GmbH als mit der Evaluation/Bewertung des Förderprogramms beauftragtes Institut
Kontaktmöglichkeit: Ramböll Management Consulting GmbH, Evaluation ESF-Hamburg,
Jürgen-Töpfer-Straße 48, 22763 Hamburg

Meine Daten bleiben bis zum Ablauf des Jahres 2027 gespeichert.

Gegenüber der Verantwortlichen habe ich ein Recht auf Löschung bzw. ein „Recht auf Vergessenwerden“ nach Art.17 EU-DS-GVO und das Recht die Einschränkung der Verarbeitung meiner Daten nach Art.18 EU-DS-GVO zu verlangen.

Ich habe das Recht, Beschwerde gegen die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu erheben¹.

Mein Recht auf Widerruf der von mir erteilten Einwilligungen nehme ich zur Kenntnis. Der Widerruf ist an den Träger dieses Projektes zu richten und kann auch mündlich oder per E-Mail erfolgen. Gegebenenfalls muss ich meine Identität nachweisen. Ab Zugang meiner Erklärung dürfen meine Daten nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Die bisherige Verarbeitung bleibt jedoch davon unberührt.

Ich wurde darüber informiert, dass der Widerruf der von mir erteilten Einwilligungen während der Projektteilnahme zum sofortigen Projektausschluss führt. Ich kann nicht gezwungen oder gedrängt werden, meine Einwilligung zu erklären oder aufrecht zu erhalten.

Ich wurde durch den Projektträger darüber in Kenntnis gesetzt, dass es sich bei dem Projekt um eine aus dem Corona Krisenhilfefonds REACT-EU der Europäischen Union geförderte Maßnahme handelt.

¹ Bei Trägern, die ihren Sitz außerhalb der FHH haben, ist dies der jeweils zuständige Landes-Datenschutzbeauftragte.

Die von mir gemachten Angaben sind vollständig und wahrheitsgemäß.

Ort

Datum

Unterschrift des/der Teilnehmenden

(Im Falle von Teilnehmenden unter 18 Jahren: Unterschrift eines/einer Erziehungsberechtigten)